

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 776

Mittwoch, 29. März 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Parteien beschweren sich beim TSE über verzögerte Registrierungen ihrer Kandidat*innen.....	1
Das war's dann wohl: Der Oberste Gerichtshof entscheidet gegen die MLP.....	2
UDEFEGUA warnt vor "der Wiedereinrichtung einer Diktatur" in Guatemala.....	3
In verschiedenen Teilen des Landes wurde an den Weltwassertag erinnert.....	4
CODECA kritisiert das Gesetz, das die Strafen für ‚Energieraub‘ erhöht.....	5

Parteien beschweren sich beim TSE über verzögerte Registrierungen ihrer Kandidat*innen

Guatemala, 23. März – Die Anwält*innen der politischen Parteien und die Mitglieder des Obersten Wahlgerichts (TSE) trafen sich am vergangenen Donnerstag. Die Diskussion wurde hitzig, als die Vorsitzende des TSE, Elizabeth Palencia Orellana, erklärt hatte, dass ab Montag, dem 27. März, nur noch Kandidat*innen mit einer vom TSE autorisierten Legitimation in den Wahlkampf ziehen dürfen.

Die Anwält*innen konterten mit dem Wahlgesetz in der Hand. "Wo im Gesetz steht, dass nur diejenigen, die eine Zulassung haben, Wahlkampf machen können?" "Wir sind seit Februar registriert, aber bis heute haben wir aufgrund Ihrer Verzögerungen keine Zulassung erhalten?", fragten sie, als sie an das Mikrofon kamen.

Nach einer mehrminütigen juristischen Diskussion erklärten die Richter*innen, ohne weitere Antworten auf die Fragen und Argumente der Staatsanwält*innen zu geben, dass sie die Angelegenheit prüfen und in der nächsten Woche antworten würden, womit die Diskussion beendet war. Dies ist das zweite Mal, dass sich die Anwält*innen über die Bevorzugung bestimmter Gruppen durch die Richter*innen bei der Registrierung ihrer Kandidat*innen beschwert haben.

An diesem Wochenende endet die erste Phase des Wahlkalenders, die Schliessung des Wähler*innenverzeichnisses und die Entgegennahme der Unterlagen für die Registrierung der Kandidat*innen. Das TSE kündigte verschiedene Aktivitäten in seiner Zentrale an, um diese Phase, die am Freitag um 16:00 Uhr beginnt und am Sonntag, den 26. März um Mitternacht endet, abzuschliessen.

Die Beendigung der Registrierungsphase erfolgt inmitten von Rechtsstreitigkeiten mehrerer Gruppen, die Klagen eingereicht haben, um die Entscheidungen des TSE, ihre Kandidat*innen nicht zu registrieren, rückgängig zu machen. Es gibt zudem Kontroverse über Kandidat*innen, gegen die ein Strafverfahren läuft oder die mit Drogenhandel in Verbindung gebracht werden und denen es gelungen ist, die Genehmigung der Wahlbehörden zur Teilnahme an den Parlamentswahlen zu erhalten.

Das TSE sieht sich auch mit einer Klage der Firma PBS, S.A. gegen den Auftrag in Höhe von 148 Mio. Q konfrontiert, den es an die Firma Datasys, S.A. vergeben hatte. Die von der TSE beauftragte Dienstleistung besteht in der Übermittlung, Validierung und Veröffentlichung der Ergebnisse des ersten Wahlgangs am 25. Juni und des zweiten Wahlgangs am 20. August.

Wahlvorstände und Stimmzettel

Gloria López, Wahlleiterin des TSE, berichtete, dass ab nächster Woche die Verfahren zur Bildung der kommunalen Wahlvorstände beginnen und anschliessend die Auswahl der Wahllokale erfolgen werde.

Sie teilte auch mit, dass drei Druckereien mit der Herstellung der Stimmzettel beauftragt wurden und dass die für das TSE zuständige Abteilung die Arbeiten ab dem Druckbeginn rund um die Uhr überwachen und kontrollieren werde.

López sagte, dass man sich mit den Stromerzeugern geeinigt habe, die versprachen, die Verteilungsnetze zu unterhalten, um die Versorgung am Wahltag und am Tag nach den Wahlen zu gewährleisten. (Prensa Comunitaria)

Das war's dann wohl: Der Oberste Gerichtshof entscheidet gegen die MLP

Guatemala-Stadt, 22. März - Das Plenum der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs (CSJ) hat am Mittwoch, den 22. März, beschlossen, das Präsidentschaftskandidat*innen-Duo der Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP), Thelma Cabrera und Jordán Rodas, sowie dasjenige von PODEMOS, Roberto Arzú García-Granados und David Pineda, von den allgemeinen Wahlen auszuschliessen.

Der Sprecher der Justizbehörde (OJ), Rudy Esquivel, teilte mit, dass der CSJ beschlossen habe, die Ablehnung der einstweiligen Verfügung, mit der sich die Gruppen als Präsidentschaftskandidat*innen registrieren lassen wollten, aufrechtzuerhalten. Laut Esquivel wurde die Klage im Fall der MLP von Cirilo Pérez, dem Generalsekretär der Partei, eingereicht, während die Klage der PODEMOS vom Rechtsvertreter Ronald Sierra eingereicht wurde.

Die MLP hatte eine endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs beantragt

Am 16. März reichte die MLP beim Obersten Wahlgerichtshof (CSJ) einen Schriftsatz ein, um eine endgültige Entscheidung zu erwirken, mit der die Entscheidung des Obersten Wahlgerichts (TSE) über die Nichtregistrierung von Cabrera und Rodas aufgehoben wird.

Nach Angaben des juristischen Teams der Fraktion wurde das Dokument vorgelegt, als das Gericht die Anhörung für den 27. März ansetzte, einen Tag nach Beginn der zweiten Phase des Wahlprozesses.

Laut Gustavo Maldonado, dem Anwalt der MLP, ist es "ironisch", dass die Anhörung auf dieses Datum festgesetzt wurde und er versicherte auch, dass dies eine von mehreren Verzögerungsmassnahmen sei, um die MLP aus dem Wahlprozess auszuschliessen.

Die MLP reichte diese Klage beim CSJ ein, da eine einstweilige Verfügung abgelehnt worden war, nachdem der zuständige TSE-Richter eine Nichtigkeitsklage gegen die Entscheidung des Bürgerregisters, das Duo nicht zu registrieren, zurückgewiesen hatte.

Die Kanzlei argumentierte, dass der Vizepräsidentschaftskandidat "rechtliche Anschuldigungen und Beschwerden" vorgebracht habe, nachdem der derzeitige Menschenrechtsbeauftragte (PDH), José Alejandro Córdova, eine Beschwerde wegen angeblicher Unregelmässigkeiten bei der Einziehung von Entschädigungen nach seinem Ausscheiden aus dem Amt als Ombudsmann eingereicht hatte.

ARZÚ WILL AUCH REGISTRIERT WERDEN

Ebenso haben die Richter*innen des TSE die Entscheidung des Bürgerregisters aufgehoben, das Arzú García-Granados und Pineda als Präsidentschaftskandidaten-Duo für PODEMOS registriert hatte, wogegen die Gruppe vor den CSJ zog. Nach Ansicht des Präsidentschaftskandidaten ist der Wahlprozess "bereits jetzt als ein Betrug zu bewerten". Es gebe ein klar erkennbares Bündnis einer kriminellen Gruppe des Korruptionspaktes, an dessen Spitze der Präsident Alejandro Giammattei stehe und das vom Koordinierungsausschuss der Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und Finanzverbände (CACIF), den Banker*innen, den Pharmaunternehmen und den Elektrizitätsunternehmen koordiniert werde.

Gleichzeitig erklärte er, dass diese Gruppe auch mit Sandra Torres, Präsidentschaftskandidatin der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), und Zury Ríos von VALOR verbündet sei. Zudem versicherte er, dass sowohl die PODEMOS- als auch die MLP-Kandidat*innen in der Lage gewesen wären, sie in der ersten Runde der Wahlen zu schlagen.

"Gibt es irgendeinen Zweifel an diesem Pakt? Zufälligerweise haben die Abgeordneten beider Parteien immer für Präsident Giammattei und deren Plünderungen gestimmt", sagte er.

Diese Äusserungen erfolgten, nachdem das Verfassungsgericht (CC) eine Berufung gegen die Entscheidung des CSJ zurückgewiesen hatte, die einstweilige Verfügung zur Aufhebung der Entscheidung des TSE abzulehnen, nachdem die Partei Front der Nationalen Konvergenz (FCN-Nación) eine Nichtigkeitsklage eingereicht hatte, weil sie angeblich vor den Wahlen Wahlkampf betrieben und 50.001 US-Dollar an Steuern als Strafe nicht gezahlt hatte. (La Hora)

"Eine grosse Angst vor diesem Duo".

In einem Interview mit Prensa Comunitaria vertrat der Vizepräsidentschaftskandidat der MLP, Jordán Rodas, die Ansicht, dass die MLP gute Chancen gehabt hätte, die Wahlen zu gewinnen, und dass sie deshalb versuchen, ihre Beteiligung abzuwenden.

"In der guatemaltekischen Demokratie haben sie uns mit dem Betrug an der Universität von San Carlos einen Rektor aufgezwungen, der dort ohne jede Legitimation amtiert. Und jetzt wollen sie dasselbe in der Exekutive tun. Ohne den Betrug in San Carlos wäre ich zum Rektor gewählt worden. Jetzt lautet die Botschaft, dass wir als MLP zu stark (und damit gefährlich) sind – dank unserer Mobilisierungsfähigkeit im Landesinneren und der bewussten Stimmabgabe in den Städten".

"Zweifelhafte Grundlagen".

Das Sekretariat für die Stärkung der Demokratie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wies darauf hin, dass die Mechanismen, die für die Anfechtung und den Ausschluss von Kandidaturen eingerichtet wurden, zu Unsicherheit und Spannungen im Rahmen des Wahlprozesses führen. "Wenige Tage vor dem Ende des Registrierungszeitraums stellt

das Sekretariat fest, dass Hunderte von Personen, von denen einige sehr bekannt sind und das höchste gewählte Amt anstreben, vom Wahlkampf ausgeschlossen wurden", heisst es in einer Erklärung.

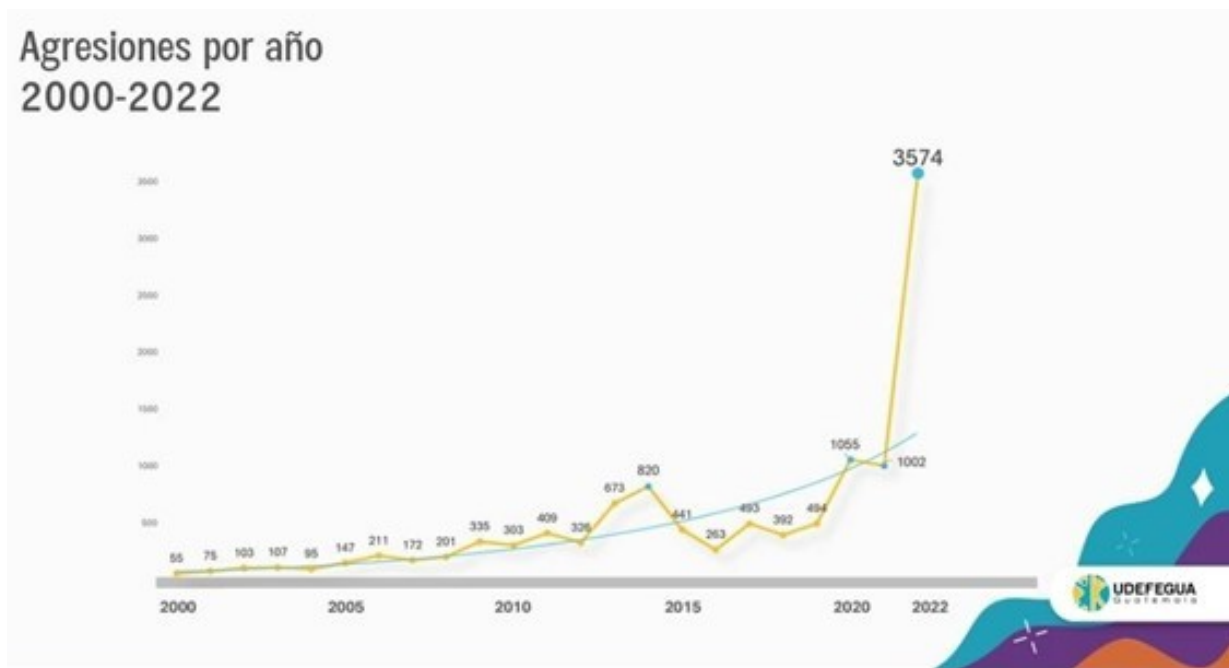
Bemühungen, Oppositionskandidat*innen von den allgemeinen Wahlen in Guatemala 2023 auszuschliessen oder strafrechtlich zu verfolgen, schaffen ungleiche Bedingungen, die faire und freie Wahlen verhindern könnten, warnten Human Rights Watch und das Washingtoner Büro für Lateinamerika (WOLA) am Montag. In einer Pressemitteilung verwiesen die beiden Organisationen auf die Fälle der Präsidentschaftskandidat*innen Thelma Cabrera und Jordán Rodas von der Partei Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP) sowie Roberto Arzú und David Pineda von der Partei PODEMOS.

"Die Entscheidung des Obersten Wahlgerichts (TSE), die Teilnahme der Kandidat*innen zu verhindern, basiert auf zweifelhaften Gründen, gefährdet die politischen Rechte und untergräbt die Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses", betonten sie. (Prensa Comunitaria)

UDEFEFUGA warnt vor "der Wiedereinrichtung einer Diktatur" in Guatemala

Guatemala, 23. März - Der am Donnerstag, den 23. März veröffentlichte Bericht "Rache als öffentliche Politik des Staates: Guatemala in einer schweren demokratischen Krise", der von der guatemalteckischen Einheit für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen (UDEFEFUGA) erstellt wurde, weist darauf hin, dass die institutionelle Vereinnahmung des guatemalteckischen Staates absolut ist und dieser Umstand ein diktatorisches Regime wiederhergestellt hat, das sich in Gewalt, Korruption und Straflosigkeit manifestiert.

Dem Bericht zufolge hat das diktatorische Regime zu einer Reihe von Gewalttaten gegen Menschenrechtsverteidiger*innen im Land geführt. Von Januar bis Dezember 2022 wurden 3.574 Übergriffe registriert, dreimal mehr als 2021, als 1.200 registriert wurden. Vergleicht man die Daten der UDEFEFUGA über Angriffe auf Verteidiger*innen der Menschenrechte in den letzten 23 Jahren, so war die Regierung von Alejandro Giammattei die gewalttätigste, denn seit 2020 steigt die Zahl der Fälle.



Unter den Kategorien, die UDEFEFUGA in ihrem Bericht identifiziert, wird festgestellt, dass das Regime Strategien der Rache als öffentliche Politik umsetzt und Diffamierung, Stigmatisierung, Hassreden, unbegründete Beschwerden, willkürliche und illegale Verhaftungen, Schikanen, die Vertreibung ins Exil, Drohungen und Einschüchterung gegen Verteidiger*innen provoziert hat. Zu diesen Massnahmen gehören 1.970 Fälle gegen Justizbeamte*innen und 443 Fälle gegen Journalist*innen. Dem Bericht zufolge wurden 1.513 Fälle von Belästigung registriert, 39 Fälle von Gewalt gegen Frauen, 81 Fälle von Einschüchterung, 54 Drohungen in drei Formen: schriftlich, telefonisch und verbal. Darüber hinaus gab es 1.737 Fälle von Kriminalisierung in Form von Verleumdung, Stigmatisierung, Hassreden, unbegründeten Anklagen, unbegründeten Beschuldigungen, willkürlicher Festnahme und illegaler Inhaftierung.

Die Veröffentlichung verweist auf einen systematischen Pfad der Kriminalisierung, der mit Diffamierung und Stigmatisierung über soziale Netzwerke beginnt, gefolgt von der Verwendung von Hassreden, dem Missbrauch des Gesetzes und schliesslich dem Freiheitsentzug. In den letzten Monaten sei jedoch eine Zunahme der Fälle von Ausweisung zu verzeichnen. Dem Bericht zufolge ist die Regierung mit 2.981 registrierten Fällen der Hauptangreifer.

Aggression in sozialen Netzwerken

Auf Twitter meldeten die Netzzentren 3.185 Angriffe und auf Telegramm 15. Weniger Fälle wurden über Facebook, E-Mails und YouTube-Kanälen gemeldet. Insgesamt waren es 3.574. In der betroffenen Altersgruppe wurden dem Bericht zufolge in 1.510 Fällen Gewalttaten gegen Personen im Alter von 25 bis 45 Jahren und in 1.170 Fällen gegen Personen im Alter von 45 bis 64 Jahren verübt. Die Übergriffe nahmen in den letzten vier Monaten des Jahres 2022 zu: September mit 553 Fällen, Oktober mit 533, November mit 620 und Dezember mit 688.

Von den 3.574 registrierten Fällen waren 1.149 gegen Frauen gerichtet. Aus den Daten geht hervor, dass es 842 Übergriffe auf weibliche Justizbedienstete gab. Als eines der Beispiele wurde das Strafverfahren gegen die ehemalige Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) in Quetzaltenango, Virginia Laparra, genannt. Sog. «Net-center» und die Regierung wurden als die Hauptaggressor*innen gegen Frauenverteidigerinnen genannt.

Laut Jorge Santos, Direktor von UDEFEGUA, hat sich die in dem Bericht festgestellte Kriminalisierung im Laufe der Jahre verändert. "Wir haben festgestellt, dass sie sich früher immer mehr auf ein bestimmtes Gebiet konzentriert hat, das heisst, dass sie beispielsweise die Interessen der Menschenrechtsverteidiger*innen in bestimmten Gebieten angesichts privater Investitionen beeinträchtigt haben, z.B. im Norden von Huehuetenango, in Izabal und Norden des Petén", sagte er. Dieses Muster habe sich geändert, so Santos. "Heute haben wir einen national orientierten Hintergrund, bei dem alle, die als Regimegegner*innen gelten, verfolgt werden".

Für Brenda Guillén von der UDEFEGUA hat die Kooptation des Staates zu einer Reihe von Gewalttaten gegen Menschenrechtsverteidiger*innen im Land geführt. "Die Bedingungen des Landes, in dem wir leben, haben zu einer Zunahme der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen geführt, die sich meiner Meinung nach in der Kooptation des Staates und im Rückschritt bei den Menschenrechten manifestiert", sagte sie.

"Wir müssen als soziale Organisationen darüber nachdenken, dass es ein Umfeld gibt, das Gewalt begünstigt und wir müssen vorsichtig damit umgehen, denn das Schweigen der Gesellschaft hat in der Vergangenheit Völkermorde ermöglicht", sagte die Kolumnistin Maya Alvarado.

An der Präsentation des Berichts nahmen Aktivist*innen, indigene Behörden, Vertreter*innen der internationalen Gemeinschaft sowie von UN-Organisationen und sozialen Organisationen aus Guatemala-Stadt und dem ganzen Land teil. (Prensa Comunitaria)

In verschiedenen Teilen des Landes wurde an den Weltwassertag erinnert

Verschiedene Gebiete in Guatemala, 22. März - Anlässlich des Weltwassertages und mit dem Ziel, die gefährdeten Gewässer zu schützen und zu retten, fanden an diesem Mittwoch in verschiedenen Teilen des Landes Gedenkveranstaltungen statt.

In der Gemeinde Ixcán, Quiché, organisierte die Interkulturelle Soziale Bewegung der Bevölkerung von Ixcán einen Spaziergang durch die Hauptstrassen der Gemeindehauptstadt, bei dem die Teilnehmer*innen verschiedene Slogans skandierten, die auf ihren Transparenten wiederholt wurden.

Zu den Slogans gehörten: "Trinkwasser gibt uns Leben, aber Bewusstsein wird uns Wasser geben", "Lasst uns die Wasserquellen schützen". Einer der Teilnehmenden sagte über den Lautsprecher: "Die Abholzung verschlimmert die Dürren und die Auswirkungen des Klimawandels; eine bessere Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete und ein Präventionssystem sind dringend erforderlich".

Die Gedenkveranstaltung endete in diesem Departement mit der Präsentation eines Vorschlags für ein kommunales Abkommen zur Regelung von Mechanismen zugunsten des Wassers. Die Bewegung der Gemeinden zur Verteidigung des Wassers Qana' Ch'och' überreichte das Dokument dem Bürgermeister von Ixcán, Antonio Díaz Calel.

Der II. Plurinationale Gipfel für den freien Zugang zu sauberem Wasser fand in San Pedro la Laguna, Sololá statt. Die Veranstaltung begann mit einer Maya-Beschwörung sowie einer künstlerischen Darbietung der Gruppe Sotzi'l, während die Begrüssung durch das Kollektiv Tz'unum ya', (das sind Frauen, die den See reinigen) und den Bürgermeister der Gemeinde erfolgte. An der Veranstaltung nahmen Angehörige von vier Völkern teil, den Maya, den Xinka, den Garifuna und den Mestizen, die derzeit Aktionen zur Verteidigung ihrer Territorien durchführen. "Wasser ist zum Leben da, kein Handelsgut", riefen die Teilnehmenden.

In einer Pressemitteilung heisst es: "Wir sind überzeugt, dass wir uns gegen die Enteignung unserer Identität wehren und die Beziehung unserer Körper zum Wasser und zum Territorium schützen müssen. Wir haben beschlossen, uns



nicht mitschuldig an dieser Situation zu machen, und wir haben uns organisiert, um Widerstand zu leisten und unsere Territorien und unser Recht auf eine lebendige Beziehung zum Wasser zu verteidigen".

Der II. Plurinationale Gipfel für den freien Zugang zu sauberem Wasser ging am 23. März zu Ende. "Wasser ist ein Lebewesen, das Leben spendet und sein Leben hängt von seiner Beziehung zu den Hügeln, Bergen, Wäldern, Bäumen, Böden, Felsen und all den Organismen ab, die die biologische Vielfalt des Planeten ausmachen. Ohne all diese Lebewesen gäbe es keine Quellen, Bäche, Flüsse, Kanäle, Lagunen und Seen und auch die Ozeane und alles Leben, das sie bewohnt, wären nicht möglich", heisst es in der Erklärung abschliessend.

Reduzierung des Plastikverbrauchs gefordert

Ebenfalls in Sololá forderte das Netzwerk zur Verteidigung des Atitlán-Sees, das sich aus der indigenen Gemeinde Santa Lucía Utatlán, dem Comité Campesino del Altiplano, der Transparenzkommission von Atitlán, Komitees und Verantwortlichen für die Ufer des Sees in verschiedenen Gemeinden zusammensetzt, dass die staatlichen Institutionen die Produktion von Plastik und Einwegbehältern regulieren und reduzieren.

Ausserdem riefen sie die Bevölkerung rund um den Atitlán-See und die Besucher*innen des Feuchtgebiets auf, sich der ungeordneten und übermässigen Entsorgung von verpackten Produkten bewusst zu werden.

Die Wächter*innen und Komitees der Ufer des Atitlán-Sees in den Weilern Tzanjyu, Panaj, Xechivoy und Tznachaj in Santiago Atitlán luden die gesamte Bevölkerung ein, sich an der grossen Aktion "Tag der Pflege des Atitlán-Sees" zu beteiligen, die am 25. März um 13.00 Uhr stattfinden soll und mit der sie eine allgemeine Säuberung der Strände durchführen wollen.

Im Departement Chiquimula haben sich auch die Ältesten der Maya Ch'orti' für den Schutz des Wassers ausgesprochen. Einige Ch'orti'-Frauen aus der Gemeinde Olopa, Chiquimula, betonten, dass sie als Menschen vom Wasser abhängig seien und es deshalb verteidigt werden müsse. "Wasser ist Leben, wir haben Leben wegen des Wassers", sagte eine der Befragten und fügte hinzu, dass "es wichtig ist, weiter zu kämpfen, auch wenn sie uns bedrohen und kriminalisieren, denn Wasser ist Leben, wir sind Verteidiger*innen des Lebens, der Natur".

Die Ch'orti-Frauen wurden vor dem Gericht der Ersten Strafinstanz und gegen Drogenhandel von Chiquimula vernommen, wo am Mittwoch die mündliche Anhörung der vier Verteidigerinnen des Wassers und des Territoriums stattfand. Der Richter Joel Anibal Cervantes Aguilar liess die vier Personen, darunter eine Frau, die wegen des angeblichen Verbrechens der illegalen Inhaftierung angeklagt waren, frei. (Prensa Comunitaria)

CODECA kritisiert das Gesetz, das die Strafen für ‚Energieraub‘ erhöht

Guatemala, 23. März - Nachdem die Abgeordneten des Kongresses die Reformen des Strafgesetzbuches und des Kongressdekrets 21-2006, des Gesetzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, gebilligt hatten, mit denen die Geld- und Gefängnisstrafen für Stromdiebstahl erhöht werden, sprach sich das Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA) gegen das Gesetz aus und erklärte, es diene dem rechtlichen Schutz privater wirtschaftlicher Interessen.

"Die Stromverteilungsunternehmen DEOCSA und DEORSA mit der Handelsmarke ENERGUATE sind im Besitz des nordamerikanischen Konsortiums Squaret Capital. Anstatt die Stromverteilung zu verbessern, hat dieses Unternehmen mit seinen missbräuchlichen Gebührenabrechnungen soziale Konflikte im ganzen Land verursacht und ausgeweitet. Bis heute profitiert ENERGUATE von den Millionen Dollar an Subventionen, die es ständig von den korrupten Regierenden Guatemalas erhält", so CODECA in einem Kommuniké. Aus diesem Grund bekräftigte das Komitee ihre Ablehnung gegen das Dekret 8-2023, das darauf abzielt, organisierte Gemeinschaften mit bis zu 12 Jahren Gefängnis zu bestrafen, die in ihrem Widerstand, ihrer Würde und ihren in der Verfassung verankerten Rechten die Revision von Privatisierungsverträgen für öffentliche Güter und Dienstleistungen, wie z.B. Elektrizität, die an den privaten Sektor übertragen wurden, fordern.

CODECA wies darauf hin, dass sie angesichts der "schändlichen Unterwerfung" des Kongresses gegenüber den "unmoralischen nordamerikanischen Interessen" und insbesondere gegenüber dem Unternehmen ENERGUATE ihre "unerschütterliche Berufung" bekräftigen, die Hüter*innen und Verteidiger*innen der Souveränität des Landes zu sein. Sie werden sich weiterhin organisieren und die Renationalisierung der Elektrizität und anderer Güter fordern. Sie riefen auch die Völker und Volkssektoren des Landes auf, sich den Widerstandsaktionen unter dem Schutz von Artikel 45 der Verfassung anzuschliessen.

"1954 war es ein US-Bananenkonzern, der uns als Land gedemütigt hat und bis heute demütigt. Und heute, fast 70 Jahre später, versucht ein anderes US-Unternehmen, den korrupten Kongress der Republik zu manipulieren, um uns noch mehr zu demütigen", sagten die Aktiven der CODECA.

Mit einer Widmung an CODECA

Am Dienstag, den 21. März, erklärte der vierte Sekretär des Kongresspräsidiums, Anibal Rojas, dass das neue Gesetz darauf abziele, Leute zu stoppen, die "Strom stehlen" und dass er hoffe, dass die Abgeordneten die Annahme des Vorschlags unterstützen werden. Zugleich verwies er in seinem Statement direkt auf CODECA.

"Wir müssen diese Kriminellen stoppen, die Strom stehlen und ihn nicht nur stehlen und verkaufen, sondern sogar die Zähler entfernen, die das Elektrizitätswerk installiert hat und ihre eigenen Zähler mit dem Namen und Nachnamen CODECA anbringen. Wofür verwenden sie das Geld? Um ihre Parteiorganisation über die MLP zu stärken. Deshalb ist es wichtig, dass dieses Gesetz morgen verabschiedet und angenommen wird", sagte Rojas.

Bereits während der ersten Debatte im Kongress bekräftigte der Abgeordnete Lázaro Zamora von der Unionistischen Partei, dass das Gesetz gemacht wurde, um "eine kriminelle Bewegung" zu stoppen, die nur die Freizügigkeit und die Entwicklung der Guatemalte*innen behindere und die Bürger*innen einschüchtere. In seiner Rede wies Zamora darauf hin, dass es sich bei der Organisation um das CODECA handle, das "nicht nur einschüchtert, mordet und Strassen blockiert, wann immer sie wollen, sondern auch politische Parteien finanziert" [*Was Unternehmen und ihre Verbände natürlich noch nie getan haben ..., d.Red.*].

Was besagen die Reformen?

Was den Diebstahl von Flüssigkeiten betrifft, so wird Artikel 249 des Strafgesetzbuches dahingehend reformiert, dass alle, die gewaltsam Strom, Wasser, Gas aus einer Anlage oder eine andere Flüssigkeit, die anderen gehört, stehlen, mit einer Gefängnisstrafe von 2 bis 4 Jahren und einer Geldstrafe von 10.000 Q (= 1.050 €) bestraft werden.

In der Gesetzesreform wird dem Artikel 249 des Strafgesetzbuches ein Absatz 2 hinzugefügt, der besagt, dass alle, die als Teil einer organisierten kriminellen Gruppe oder einer kriminellen Vereinigung den Diebstahl oder den illegalen Anschluss von Elektrizität, Wasser, Gas, mit Gewalt aus einer Anlage oder einer anderen fremden Flüssigkeit rechtswidrig stehlen, dazu anstiften oder fördern, mit 4 bis 8 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 100.000 Q (= ca. 10.500 €) bestraft werden.

Für den Diebstahl von Elektrizität durch illegale Anschlüsse wird dem genannten Artikel 249 ein Absatz 3 hinzugefügt, um festzulegen, dass alle, die ohne ordnungsgemässe Genehmigung als Endverteiler eine unerlaubte Manipulation vom Netz des Endverteilers zu einem beliebigen Versorgungspunkt vornehmen oder durch illegale Manipulation des Netzes Elektrizität beziehen, mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis acht Jahren und einer Geldstrafe von 5.000 bis 10.000 Q (ca. 550 bis 1.050 €) bestraft werden, unbeschadet der entsprechenden zivil- und verwaltungsrechtlichen Haftung.

Schliesslich wurde in Artikel 249 ein Absatz 4 hinzugefügt, der festlegt, dass alle, die Geldbeträge aus der Lieferung von Strom einsammeln oder einziehen, ohne vom Endverteiler, aus dessen Netz die Lieferung stammt, autorisiert zu sein, mit einer Freiheitsstrafe von 5 bis 8 Jahren und einer Geldstrafe von 10.000 bis 50.000 Q (ca. 1.050 bis 5.250 €) bestraft werden, unbeschadet der entsprechenden zivilrechtlichen Haftung.

Ebenso wird Artikel 254 des Strafgesetzbuches reformiert, in dem es um den Diebstahl von Flüssigkeiten geht: Wer mit Gewalt Strom, Wasser, Gas oder Energie aus einer Anlage oder eine andere Flüssigkeit von einer anderen Person entwendet, wird mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis acht Jahren bestraft und wenn die Person, die das Verbrechen begeht, Teil einer organisierten kriminellen Gruppe oder kriminellen Vereinigung ist, beträgt die Strafe acht bis 12 Jahre.

Die Redaktion hat sich an die Presseabteilung des Energieversorgungsunternehmens ENERGUATE gewandt, um dessen Standpunkt zu den Äusserungen von CODECA zu erfahren, aber bei Redaktionsschluss lag noch keine Antwort vor. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de
12.

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6